

Wissenschaftler: Politik muss für Geburten sorgen

pp. FRANKFURT, 17. Dezember. Das Institut der Deutschen Wirtschaft fordert die Einrichtung eines „Demographie-Bundesministeriums“. „Der Rückgang der Bevölkerung und die zunehmende Alterung der Gesellschaft erfordern eine klare institutionelle Aufwertung des Themas Demographie“, schreibt IW-Chef Michael Hüther in einem Thesenpapier. Das neue Ressort müsse mit allen betroffenen Politikfeldern wie Familie, Zuwanderung, Arbeit, Infrastruktur, Gesundheit und Pflege strategisch vernetzt sein. Die Forderung nach einem Demografie-Ministerium hatte zuvor schon der Bonner Politologe Tilman Mayer, der Präsident der Deutschen Gesellschaft für Demografie, erhoben. „Nach vier Jahrzehnten Geburtendefizit werden die Auswirkungen nun in allen Bereichen sichtbar“, sagte Mayer dieser Zeitung. „Jetzt wird alarmiert über Fachkräftemangel und anderes diskutiert, aber die Tendenz ist schon lange absehbar.“

In dem Ministerium sollten nicht nur Kompetenzen gebündelt werden. Ziel müsse eine „Demographie-Wende“ sein. „Man muss versuchen, nicht nur die Folgen des demographischen Wandels zu bewältigen, sondern an die Ursache heranzukommen, nämlich an die zu niedrige Fertilität“, fordert Mayer. Die Politik müsse eine Erhöhung der Geburtenrate anstreben. Diese liegt mit 1,36 Kinder je Frau um ein Drittel unter der Zahl, die notwendig wäre, um die Bevölkerung stabil zu halten.

Frankfurter Allgemeine Zeitung,
18.12.2012, Wirtschaft, Seite 10

© Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH 2012.
Alle Rechte vorbehalten. [Frankfurter Allgemeine Archiv](#)